

München, 23.11.2011

Strompreise

Der Mittelstand bezahlt die Entgeltbefreiung für Energiefresser

Als „dreiste Umverteilung vom Mittelstand zur Energiefresserindustrie“ sieht der Bund der Selbständigen Bayern die geplante Neuregelung der Stromnetzentgelte. Nach Berechnungen des Bundes der Energieverbraucher könnten auf Mittelstand und Privatverbraucher beim geplanten Ausbau der Stromnetze bis zu einer Milliarde Euro Mehrkosten zukommen, während für energieintensive Branchen großzügige Ausnahmen gelten.

MÜNCHEN. „Es ist eine ziemliche Unverschämtheit, dass Energiefresserindustrien Strom in Zukunft quasi mautfrei geliefert bekommen, während der Mittelstand für das Durchleiten von Strom durch die Netze bald mehr bezahlen muss“, ärgert sich Ingolf F. Brauner, der Präsident des Bundes der Selbständigen (BDS) – Gewerbeverband Bayern. Es geht um keine Kleinbeträge, schließlich machen die „Mautgebühren“ für das Durchleiten des Stroms durch die Netze rund ein Viertel des Preises aus. Nach Information des Bundes der Energieverbraucher und mehrerer Medien könnten sich die Mehrkosten auf bis zu eine Milliarde Euro belaufen, da durchschnittlich 0,55 Cent pro Kilowattstunde mehr durch die erhöhten Netzentgelte fällig werden könnten.

Die geplante Neuregelung ist Bestandteil des Energiewendepaketes und befreit Unternehmen, die mindestens 7000 Stunden am Netz hängen und einen Jahresverbrauch von mehr als zehn Millionen Kilowattstunden haben, fast komplett von den Netzentgelten. Freuen können sich demnach wohl 600 deutsche Unternehmen, die ein Sechstel des Stroms verbrauchen und dies bereits jetzt zum subventionierten Preis. „Es ist absolut widersinnig, dass die Firmen, die das größte Energieeinsparpotential haben und die Netze am stärksten nutzen, sich entspannt zurücklehnen können, während der Mittelstand für die Energiewende die Zeche zahlt“, stellt Brauner angesäuert fest. „Und wenn ich dann lese, dass aufgrund der geplanten Ausnahmen in Teilen der energieintensiven Industrie geradezu Goldgräberstimmung herrsche, dann frage ich mich, was diese ganzen Lobreden der Politik auf den Mittelstand eigentlich sollen.“ Schließlich beglückt die Politik den Mittelstand bei der Neuregelung der Netzentgelte wieder einmal mit Mehrbelastungen.

Ingolf F. Brauner ist daher froh, dass der Bund der Energieverbraucher sofort bei der EU in Brüssel Beschwerde eingelegt hat. „Schließlich ist der Verdacht der unerlaubten Beihilfe bei einem solch großzügigen Geschenk nicht ganz abwegig. Um ein Beihilfeverfahren in Brüssel zu vermeiden, sollte die Bundesregierung diese ungerechte Umverteilung vom Mittelstand zu den Energiefressern am besten gleich zurückzunehmen“, so Brauner abschließend.

Dem BDS Bayern gehören 20.000 Unternehmen und Selbständige mit rund 350.000 Mitarbeitern an. Über 90 Prozent der Mitgliedsunternehmen aus allen Branchen des bayerischen Mittelstands sind in Familienbesitz.